



An
Frau Landrätin Tamara Bischof
Kreistag des Landkreis Kitzingen
Kaiserstraße 4

97318 Kitzingen

Buchbrunn, 11.04.2012

Agenda Inklusion für die Stadt- und den Landkreis Kitzingen

Sehr geehrte Frau Landrätin Bischof,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte des Landkreis Kitzingen,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!“

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden

heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrte Frau Landrätin Bischof, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte des Landkreis Kitzingen, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Kreistag zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für den Landkreis Kitzingen einen entsprechenden Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen des Landkreis Kitzingen zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl